

*Aus der Tageszeitung Junge Welt:*

## **Bischof der Bosse**

### **Die Evangelische Kirche lobt in ihrer neuen Denkschrift Unternehmer und rechtfertigt Entlassungen**

*Von Jan Eisner*



Predigt für Heuschrecken und mehr Flexibilität: Der EKD-Ratspräsident Bischof Wolfgang Huber  
Foto: dpa

Hier haben sich zwei gesucht und offensichtlich gefunden: Die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) mit ihrem Ratsvorsitzenden Bischof Wolfgang Huber und das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) mit seinem Professor Gert G. Wagner. Beide Institutionen haben einen ähnlichen Wandel hinter sich: Das DIW vom gewerkschaftsnahen Institut zum neoliberalen, die EKD von der wirtschaftskritischen Kirche zur wirtschaftsfreundlichen. Huber trat in den letzten Jahren als Unterstützer von Gerhard Schröder in der Öffentlichkeit auf, hofierte die Unternehmensberater von McKinsey und verteidigte Hartz IV, während evangelische Einrichtungen wie die Diakonie von Niedriglöhnen und Ein-Euro-Jobs profitierten. Wagner wiederum forderte erst unlängst gemeinnützige Zwangsarbeit für alle Langzeitarbeitslosen.

#### **Notwendiger Stellenabbau**

Anfang Juli legte die EKD eine neue Denkschrift vor, die den veränderten Kurs der evangelischen Führung untermauert. Titel: »Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive«. Verfaßt wurde das Papier von der Kammer für soziale Ordnung unter dem Vorsitz von Wagner, verabschiedet vom Rat der EKD. Auch wenn das Verhältnis von Protestantismus und Unternehmertum »von Spannungen durchzogen« sei, habe das evangelische Christentum »zu unternehmerischem Handeln« gleichwohl ein positives Verhältnis.

In dem 129 Seiten starken Papier unternehmen die Autoren anschließend zwar den Versuch, unternehmerisches Handeln an eine Ethik anzubinden, von grundsätzlichen Einwänden gegen Marktwirtschaft oder von gesellschaftlichen Gegenkräften ist dagegen nicht mehr die Rede.

Mit einer gewissen Detailfreude widmet sich die Denkschrift der Aufgabe, theologische Einwände gegen Heuschrecken beiseite zu räumen. Die Sorge vor Private-Equity-Firmen sei weit überzogen, ihre Stellenstreichungen oft gerechtfertigt: »Jedoch fördern häufig selbst Beschäftigung abbauende Umstrukturierungen den langfristigen Unternehmenserfolg und

damit die Möglichkeit, mittelfristig wieder neue Stellen zu schaffen.« Eine direkte gesetzliche Regulierung von Hedgefonds lehnt die EKD ab: Diese sei international nicht durchsetzbar, würde ein »Abwandern auf unregulierte Finanzplätze hervorrufen« und damit die »vorteilhafte Innovationskraft dieser Finanzinvestoren« einschränken. Den Beschäftigten wird die Notwendigkeit der Flexibilität gepredigt: »Die Berufsidee« werde heute durch »den schnellen Wechsel von einem Job zum anderen mehr und mehr ausgehöhlt«, heißt es. »Das Berufsverständnis darf deshalb nicht zu statisch aufgefaßt und auf bestimmte Tätigkeiten zugespitzt werden. Berufung läßt sich auch heute als Gottes Ruf zum Einsatz von durch Bildung und vielfältige Erfahrungen vertieften Fähigkeiten und zur Übernahme von Verantwortung begreifen –zur Selbsterhaltung und im Dienst am Nächsten.«

Die Denkschrift unterstützt auch den Trend, gesellschaftliche Aufgaben durch freiwillige Unternehmensspenden statt über Steuern zu finanzieren. In Deutschland gebe es dabei jedoch ein Problem: »Unternehmer wagen sich aus Angst vor einer Neiddebatte auch mit ihrer Wohltätigkeit nicht aus der Anonymität; dabei könnten gerade sie ein Vorbild für andere Spender und Sponsoren sein.« Und schließlich werden auch die Billiglöhne in kirchlichen Unternehmen gerechtfertigt – wenn auch durch Süßholzraspelei beschönigt: »Auch wenn die Kirche selbst zunehmend flexiblere Beschäftigungsverhältnisse anbietet, um in ihren Einrichtungen oder in diakonischen Unternehmen Entlassungen möglichst zu vermeiden, bleibt ihr Auftrag der gleiche: Sie wird sich für die Schwachen einsetzen und in Staat und Wirtschaft für eine gerechte Teilhabe aller eintreten.«

### **»Neoliberale Falle«**

Wenn gesellschaftliche Großinstitutionen wie Parteien und Kirchen ihre programmatischen Grundlagen verändern, steht dies meist am Ende eines Veränderungsprozesses und nicht am Anfang. Mitarbeiter und Mitglieder haben sich bis dahin in alltäglichen Kämpfen verschlissen, sind gegangen oder haben sich ihre Nische gesucht, von der aus sie nicht mehr den Streit um das große Ganze wagen. Nach der Veröffentlichung der EKD-Denkschrift ist wenig Protest aus den eigenen Reihen laut geworden, und neben einer gewissen Langsamkeit der Diskussionsprozesse innerhalb der Evangelischen Kirche mag dies auch einer gewissen Resignation oder Gleichgültigkeit geschuldet sein. In der kommenden Ausgabe des Publikumsforums, einer Zeitschrift kritischer Christen, äußert sich immerhin Franz Segbers, Marburger Professor für Sozialethik, zu dem Papier. Huber habe noch vor wenigen Jahren den »Vorrang der Arbeit vor dem Kapital« eingefordert. Davon sei jetzt keine Rede mehr. Wenn der Staat wie in der Denkschrift darauf reduziert werde, »nur den Ordnungsrahmen für den Wettbewerb zu setzen, und dann an die Verantwortung des einzelnen Unternehmers appelliert« werde, gerate man »flugs in eine neoliberale Falle«, so Segbers.

Eine Einzelstimme? Sicher ist jedenfalls: Die Huber-EKD ist auf dem Weg, statt der Mühseligen und Beladenen die Reichen und Mächtigen ins Zentrum ihres Denkens zu stellen, weit vorangekommen.